

ANALYSEN UND BERICHTE

Maghrebische Einheit – Traum und Wirklichkeit Zusammenfassung der nordafrikanischen Staaten zu einer Gemeinschaft

Von *Gerhard Moltmann*

I.

Der *Maghreb* ist der westliche Teil der arabischen Welt und entspricht Nordafrika. Seine *Kernländer* sind Marokko, Algerien und Tunesien. Um sie kristallisiert sich im wesentlichen der Gedanke der maghrebischen Einheit, der auch schon von Anfang an in ihren Verfassungen festgehalten war. Die *Flügelländer* Libyen und Mauretanien sind weitere mögliche Partner.

Der Maghreb ist *Europas* geographischer und historischer *Nachbar*. Das Mittelmeer trennt nicht, sondern verbindet. Trennen tut erst die Wüste gegen Süden zum eigentlichen Afrika. Der Maghreb ist daher für Europa von hoher politischer und wirtschaftlicher Bedeutung.

Bei aller nationaler Eigenständigkeit bestehen zwischen den Maghrebländern *feste historische, religiöse* und *sprachliche Bande*, die die Grundlage ihrer Gemeinschaft bilden und sie aus der arabischen Welt hervorheben, ohne aber mit ihr in Widerspruch zu treten.

Der *Gedanke der maghrebischen Einheit* als Ideal, als Vision und Versuch begann sich schon bald nach dem ersten Weltkrieg auszubreiten und hat seitdem eine wechselvolle Entwicklung genommen. Nach dem zweiten Weltkrieg bekam er durch das Comité de Libération du Maghreb Arabe in Kairo 1947 unter maßgeblicher Beteiligung des späteren tunesischen Präsidenten Habib Bourguiba einen neuen Impuls.

Mit der Unabhängigkeit Tunesiens und Marokkos 1956 nahm der Einigungsgedanke konkretere Formen an. Bourguiba und Mohammed V. von Marokko wurden zu Vorkämpfern und schlossen ein Freundschaftsabkommen, das auf eine maghrebische Föderation unter Einschluß des damals noch nicht befreiten Algerien zielte. Auf der »Konferenz der Einheit« 1958 in Tanger legten Vertreter der politischen Parteien die Grundlage einer institutionellen Allianz in föderaler Form. Der inzwischen heftig entbrannte Krieg in Algerien hätte sicherstes Ferment für die maghrebische Solidarität werden können, gab aber auch Anlaß zu Dissonanzen und weckte territoriale Streitigkeiten.

Nachdem Algerien 1962 seine Unabhängigkeit erlangt hatte, setzte 1963 eine neue Phase maghrebischer Zusammenarbeit ein, gekennzeichnet durch zahlreiche Dreiertreffen auf allen Ebenen und Abschluß zahlreicher bilateraler Kooperationsabkommen. Der Weg eines Maghreb der Staaten als Interessengemeinschaft begann. Marksteine waren die Konferenzen der Wirtschaftsminister der Maghrebländer (einschl. Libyen) 1964 in Tanger. Eine Wirtschaftsgemeinschaft wurde beschlossen, die ihren Kristallisationspunkt im Comité Permanent Consultatif Maghrébin mit Sitz in Tunis erhielt. Dazu wurden zahlreiche Sonderorganisationen geschaffen. 1967 konzipierten die Wirtschaftsminister eine neue Doktrin für die wirtschaftliche Integration, die eine Gesamtstrategie für die regionale Entwicklung vorsah. Ein hierzu vom Ständigen Komitee entworfenes Regierungsabkommen wurde von den Ministern aber nicht angenommen (Juli 1970). Auch ein Expertenseminar über die rechtlichen Techniken der maghrebischen Zusammenarbeit (Januar 1971) brachte die Entwicklung nicht weiter.¹

Fünf Jahre vergehen, bis die *Wirtschaftsminister* endlich im *Mai 1975 in Algier* zu ihrer VII. Konferenz wieder zusammentreten und sich mit den Entwürfen zur wirtschaftlichen Integration befassen. Wenn die den Ministern auf ihrer vorhergehenden VI. Konferenz 1970 vorliegenden Texte als zu weitgehend zurückverwiesen wurden, scheinen nunmehr die Entwürfe von 1975 den Ministern zu wenig Substanz zu enthalten und sie beschließen erneute Rückverweisung an das Ständige Komitee in Tunis zur Überarbeitung. Die Minister setzen sich aber eine Frist zum Juni 1976 zur Verabschiedung der »*Charta für multilaterale Zusammenarbeit*«. Diese Frist vergeht ohne neue Schritte, und alles verläuft im Sande. Der Ständige Ausschuß in Tunis besteht fort, aber ist zur Untätigkeit verurteilt.

Alle bisherigen Bemühungen zeitigten nicht die erwarteten Ergebnisse. Die Ministerkonferenzen konnten keine verbindlichen Entscheidungen für die Integration treffen. Das als Triebfeder angesehene Ständige Komitee blieb nur beratendes und technisches Organ und führte ein Schattendasein in Tunis. Immerhin hat diese Erfahrung maghrebischer wirtschaftlicher Zusammenarbeit das Terrain für zukünftige maghrebische Einheit bereitet. Man hat die Schwierigkeiten erkannt und zu hochfliegende Vorstellungen auf den Boden der Tatsachen zurückgeführt.

Die Einheit des Maghreb wird zwar unentwegt weiter beschworen, aber der Aufbau stößt sich an immer neuen Hindernissen. Fortschritte gibt es nur in der bilateralen Zusammenarbeit, so daß man von *bilateralen Beziehungen zu mehreren* sprechen kann.

1 Zur geschichtlichen Entwicklung siehe Näheres bei Roger Le Tourneau/Amor BenYoussef/Bruno Etienne/Noureddine Sraieb/J. Claude Santucci/Maurice Flory: *L'Unité Maghrébine – Dimension et Perspectives*, Centre de Recherches et d'Études sur les Sociétés Méditerranéennes, Aix-en-Provence, Éditions du Centre National de la Recherche Scientifique, Paris 1972.

Über das Comité Permanent Consultatif du Maghreb schrieb kürzlich auch in VRÜ, 20. Jg. 1. Quartal 1987, S. 24 ff., M. L. Marasinghe im Rahmen seines Artikels »Regional Economic Co-operation in Developing Countries«.

II.

Worin liegen nun die *Schwierigkeiten* und *Konflikte*, die trotz vielen guten Willens und trotz aller vielversprechenden Ansätze zur Gemeinschaft durchschlagende Fortschritte zu dem hohen Ziel verhindern.

(1) Zunächst einmal der *Mangel an einheitlicher Konzeption* und ausdauerndem politischen Willen. Alle erklären, die Schaffung des Großen Maghreb zu wünschen, ohne aber seinen Umfang und Inhalt zu bestimmen und sich voll für die Idee zu engagieren. Es besteht noch tiefe Uneinigkeit über den Sinn dieser Einheit. Gleich nach der algerischen Unabhängigkeit waren alle verantwortlichen Führer für die maghrebinsche Einheit und waren überzeugt, daß die wirtschaftliche Integration die strukturellen Unzulänglichkeiten ihrer Volkswirtschaften beheben und die Entwicklungschancen ihrer Länder vermehren würden. Inzwischen haben sich aber die Interessen verschoben.

(2) Die betonte *Eigenpersönlichkeit jeden Volkes* steht der Einheit im Wege. Diese »Identität« der 3 Völker, ihr Selbstbewußtsein hat seit der Unabhängigkeit eher zu- als abgenommen.

Verstärkt wurde dies dadurch, daß Algerien durch seinen harten Befreiungskampf und seinen außerordentlichen wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung sich hervorgehoben fühlte und bestimmenden Einfluß beanspruchte, was seine Nachbarn aus Nationalstolz nicht ohne weiteres zu akzeptieren bereit waren.

(3) Hinzu kommen die *unterschiedlichen politischen Regime*, die oft entgegengesetzt sind in ihren wirtschaftlichen Optionen und getrennt in ihrer politischen Orientierung. *Algerien* ist revolutionär und sozialistisch, unter starker, unbestrittener Führung und auf dem Wege erheblich sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts. *Marokko* ist noch im überlieferten Zustand befangen, aber voller innerer Spannungen, unter einem König, der um die Existenz seiner Monarchie kämpft und Anpassung an die veränderte Welt sucht. *Tunesien*, das kleinste und ärmste der 3 Länder, mit einem sozial-liberalen System unter dem alternden Kämpfer Bourguiba, der keine Neuerungen duldet.

Auch *Meinungsverschiedenheiten, persönliche Rivalitäten zwischen den führenden Männern* und sogar *subversive Agitationen* gegeneinander trübten die Beziehungen im Maghreb.

(4) Darüberhinaus wurden grundsätzliche *sozial-ökonomische Gegensätze* deutlicher. Algerien bekannte sich ausdrücklich zum Sozialismus und richtete seine ganze Wirtschaft in diesem Sinne aus. Als verhältnismäßig reiches Land lehnte es ausländische Kapitalinvestitionen ab, um sich nicht in neue Abhängigkeit zu begeben. Marokko und Tunesien folgten einem mehr liberalen Kurs und nahmen, der Not und vernünftiger Einsicht gehorchend, ausländische Kapitalinvestitionen an und förderten sie. – Nicht zu übersehen ist auch das zunehmende *politisch-wirtschaftliche Ungleichgewicht* zwischen den Partnern. Algerien wächst aufgrund seiner revolutionären und erfolgreichen Entwicklung über die Nachbarn hinaus und erweckt ihr Mißtrauen. International hat Algerien als Sprecher der Dritten Welt eine Führungsrolle übernommen.

(5) Eine besondere Belastung der innermaghrebischen Beziehungen stellten die *Grenzprobleme* dar, die noch eine Folge der Kolonialherrschaft waren. Frankreich hatte nämlich die Saharagrenzen so gezogen, daß der Großteil – mit den potentiell reichen Gebieten – zu Algerien geschlagen wurde, das Frankreich als das Seine betrachtete. Nach der Unabhängigkeit Algeriens fand sich dieses jedoch keineswegs bereit, seinen Nachbarn die von ihnen beanspruchten Gebiete zu überlassen. Die Streitigkeiten hierüber behinderten in zunehmendem Maße die maghrebischen Einigungsbemühungen. Tunesien fand sich schließlich im Januar 1970 zum Verzicht bereit – nicht zuletzt unter dem Druck des Umsturzes in Libyen, der Tunesien Rückendeckung bei Algerien suchen ließ. Im Mai 1970 kamen ebenfalls Marokko und Algerien zu einem grundsätzlichen Einverständnis, das auch auf einen marokkanischen Verzicht hinausläuft. Ein entsprechendes Abkommen wurde im Juni 1972 unterzeichnet und 1973 von Algerien ostentativ in einer offiziellen Zeremonie ratifiziert, während Marokko sich verärgert in Schweigen hüllte.

(6) Auch die *Teilnahme der beiden Flügelländer Libyen und Mauretanien* brachte zusätzliche Probleme. *Libyen* liegt zwischen Maghreb und Machrek. Es tendierte zunächst unter König Idris zum Maghreb und nahm teil an den Bestrebungen zur Schaffung der maghrebischen Gemeinschaft. Unter Ghaddafi wandte man sich zum Machrek mit dem Ziel der Vereinigung mit Ägypten. Als das nicht wunschgemäß verlief, sah Ghaddafi sich wieder nach Westen um. Für Tunesien entstand eine gefährliche Situation; mußte doch dies kleine, neutralitätsbetonte und mehr westlich orientierte Land befürchten, von zwei »progressistischen« Nachbarn in die Zange genommen und ideologisch sowie – besonders von dem industriestarken Algerien – wirtschaftlich beherrscht zu werden. Um sein Land aus dieser bedrohlichen Lage zu befreien, versuchte Bourguiba, sich mit beiden Nachbarn zu arrangieren und so ist wohl seine auf der 4. Gipfelkonferenz der Blockfreien in Algier im September 1973 erhobene nachdrückliche Forderung auf Einbeziehung Libyens in die regionale Zusammenarbeit der Maghrebländer zu verstehen.

Das plötzliche *Unionsabkommen zwischen Ghaddafi und Bourguiba* vom Januar 1974 (Djerba-Abkommen) ging aber weit über das hinaus, was Bourguiba selbst bisher vorhatte. Noch im Dezember 1972 hatte er auf ähnliche Pläne Ghaddafis unter dramatischen Umständen scharf ablehnend reagiert und sich für eine schrittweise, mit den anderen abgestimmte Vereinigung ausgesprochen.

Das Unionsvorhaben von Djerba stieß bei den Algeriern und Marokkanern auf Widerspruch. Sie beklagten vor allem, daß sie vorher in keiner Weise konsultiert worden seien, und betonten, daß so grundsätzliche geopolitische Veränderungen im maghrebischen Raum nur im freien und loyalen Meinungsaustausch zwischen allen vor sich gehen dürften. Sie befürchteten, daß das Vorhaben das Gleichgewicht innerhalb des Maghreb erheblich stören würde. Aber auch in Tunesien gewann Vernunft und Realismus bald die Oberhand.

Die Verwirklichung der Union blieb in einer Häufung von verfassungsmäßigen Bedingungen und prozeduralen Voraussetzung hängen. Das Scheitern sollte aber nicht darüber täuschen, daß in der tunesischen Bevölkerung starke Sympathien für die Union mit

Libyen bestehen und daß eine solche Verbrüderung der beiden Länder wirtschaftlich-sozial gesehen durchaus gute Gründe hat. Nur so überstürzt und dilettantisch ging es nicht. Algerien sah ungern, daß Tunesien in die Abhängigkeit Ghaddafis geraten könnte und war daher zu engerer Zusammenarbeit mit Tunesien entschlossen. Boumediène hatte gleichzeitig Ghaddafi, bei allem Vorbehalt gegenüber dessen Person, seiner Unterstützung gegen Angriff oder Umsturz versichert, eine Garantie, die sich offenbar gegen Ägypten richtete und Ghaddafi den Weg zum Maghreb offen halten sollte. Auf der anderen Seite trat *Mauretanien* als neuer Partner zur maghrebini-schen Gemeinschaft. Dies war das Ergebnis der Gipfelkonferenz von Agadir im Juli 1973. Die Präsidenten Boumediène und Ould Daddah waren persönlich befreundet und standen in regem Austausch. Für eine wirkliche Zusammenarbeit Mauretaniens mit den 3 Maghreb-ländern war Vorbedingung der Ausgleich mit Marokko. Dazu war lange Vorarbeit geleistet worden (ausgehend von dem Gipfeltreffen von Nouadhibou 1970). Das *Verhältnis Tunesien-Libyen* war in den folgenden Jahren getrübt und immer wieder Zwischenfällen und Spannungen ausgesetzt. Zunächst einmal gab es *Streit über die Abgrenzung des Festlandsockels* im Golf von Gabès. Es ging dabei, wie bekannt, um das Erdöl, mit dem Tunesien sonst nicht reich gesegnet ist. Tunesien forderte, daß der Streit dem Internationalen Gerichtshof im Haag vorgelegt werde. Tripolis weigerte sich beharrlich. Es kam schließlich unter Vermittlung von Mahmud Riadh, Generalsekretär der Arabischen Liga, ein Kompromiß zustande, aufgrund dessen der Streit doch dem IGH im Haag vorgelegt werden sollte. Der Gerichtshof entschied dann im März 1982 zugunsten Libyens. Im übrigen besteht zwischen Tunesien und Libyen ein enges Netz von Vereinbarungen zur Zusammenarbeit, über das eine Gemischte Kommission wacht. Seit dem gescheiterten Unionsversuch vom Januar 1974 haben Tunesien und Libyen noch kein wirklich befriedigendes neues Gleichgewicht wiedergefunden. Tunesien stand vor allem der algerisch-libyschen Annäherung zurückhaltend gegenüber und noch mehr der von Ghaddafi in Algier Anfang Juni 1978 vorgebrachten Idee der *algerisch-tunesisch-libyschen Union*. Was könnte Tunesien auch von diesem »Klein-Maghreb« erwarten, von dem Marokko und Mauretanien ausgeschlossen wären und der Tunesien isoliert und eingeschlossen zwischen seinen großen Nachbarn ließe. Das sowieso labile Verhältnis zu Libyen erhielt einen neuen schweren Schlag, als am 26. Januar 1980 eine schwer bewaffnete Bande aus Libyen eingedrungener Partisanen die südtunesische Stadt Gafsa überfiel und die Stadt fast eine Woche lang gegen die tunesische Armee hielt, die durch sofort herbeigeholte französische Spezialeinheiten (u. a. der hochmoderne französische Raketenkreuzer »Colbert«) und logistische Hilfestellung der 6. US-Flotte unterstützt wurde. Der *Gafsa-Zwischenfall* endete letztlich mit einem radikalen Bruch der ohnehin prekären Beziehungen zwischen Tunesien und Libyen. Tunesien suchte danach einen Rückhalt bei Algerien. – Mit Libyen gab es erneut Spannungen, als Ghaddafi angesichts der verschlechterten Wirtschaftslage seines Landes im August/September 1985 kurzerhand 30 785 tunesische Gastarbeiter auswies, deren Rückkehr für Tunesien eine starke Belastung bedeutete.

(7) Am westlichen Flügel des Groß-Maghreb wurde der *Westsahara-Konflikt* zur nachhaltigsten Behinderung der maghrebinischen Einigungsbemühungen. Hier können nur seine Auswirkungen auf die maghrebinische Zusammenarbeit behandelt werden: Das rechtlich zweifelhafte Vorgehen Marokkos und Mauretaniens und die Aufteilung der Spanischen Sahara zwischen beiden durch das Abkommen vom 14. April 1976 wurden nicht nur von den Vereinten Nationen und der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAE) mißbilligt, sondern stießen auf lebhaften Widerspruch der maghrebinischen Partner und besonders Algeriens und Libyens. Vermittlungsversuche von verschiedenen Seiten, Erörterungen in den VN und der OAE führten zu keinen Ergebnissen.

Inzwischen regte sich in der Westsahara die Befreiungsbewegung *Polisario*,² die von Algerien materielle und moralische sowie von Libyen finanzielle Hilfe erhielt. Am 28. 2. 1976 wurde die »*Demokratische Arabische Republik Sahara*« proklamiert. Sie wurde am 6. 3. 1976 von Algerien anerkannt. Die Regierung der Sahraouischen Republik nahm ihren Sitz praktisch in Algier. Marokko und Mauretanien brachen daraufhin ihre Beziehungen zu Algerien ab. Beide sahen sich aber in der Sahara einem zermürbenden Kleinkrieg mit der *Polisario* ausgesetzt, der von Algerien geschürt und von algerischem Boden aus unterstützt wurde. Das Verhältnis zwischen *Marokko und Algerien* verschlechterte sich zusehens und lähmte gleichzeitig die maghrebinische Zusammenarbeit. Es ist nicht nur ein Streit um Prinzipien, sondern es ist ein *Machtkampf* um die Führung im arabischen Maghreb. Marokko würde mit den Bodenschätzen der Westsahara und dem Fischreichtum seiner Küsten einen Zugewinn haben, den Algerien ihm nicht gönnt. Andererseits würde die Position Algeriens gestärkt, wenn in der Westsahara eine ihm genehme, unabhängige Republik entstünde, die ihm leichten Zugang zum Atlantik gewährte.

Durch den fortdauernden Kampf in der Westsahara sind die Beziehungen zwischen Marokko und Algerien bis an den Rand des Krieges gekommen, da Marokko auf Grenzverletzungen algerischer Militärs zur Unterstützung der *Polisario* hinweist und das Recht auf Verfolgung in Anspruch zu nehmen droht. Algerien wird diese Konsequenzen zu vermeiden wissen, zumal es sich am längeren Hebel weiß und abwarten kann.

Die schwache Stelle in der marokkanischen Sahara-Politik war das arme und schwache *Mauretanien*. Mit der Ausschaltung Ould Daddahs am 10. Juli 1978 fiel es als Kampfgenosse und Bündnispartner praktisch aus. *Polisario* erklärte vorläufige Feuereinstellung gegenüber Mauretanien. Das entscheidende Ereignis aber war das am 5. August 1979 in Algier unterzeichnete Friedensabkommen zwischen Mauretanien und der *Polisario*, in dem Mauretanien auf Gebietsansprüche in der Westsahara verzichtet und seine Truppen zurückzieht. Darauf hat jedoch Marokko die geräumten Gebiete sofort besetzt und für sich in Anspruch genommen: Eine weitere schwere Belastung für Marokko und weitere Steigerung des Konfliktes mit Algerien. Mauretanien seinerseits nahm die diplomatischen Beziehungen mit Algerien wieder auf.

2 Frente Popular de Liberación de Saguia el Hamra y Rio de Oro.

(8) Die *Entfremdung zwischen Algerien und Marokko* hat zu einer *Neuausrichtung der algerischen Außenpolitik* geführt. Algerien suchte nicht nur ein engeres Verhältnis zu Libyen, sondern in Verbindung damit auch engere Beziehungen zu den südlichen Anrainern der Sahara: Mali, Niger und Tschad. Das algerisch-libyische Gipfeltreffen von Hassi Messaoud vom 28. 12. 1975, das »organische Beziehungen zwischen beiden Staaten« begründet, ist der Beginn. Das algerisch-libyisch-nigrische Gipfeltreffen in Tripolis vom 23./24. 11. 1976 ist die Fortsetzung und mit dem Gipfeltreffen der Sahara-Länder Algerien, Libyen, Tschad, Niger, Mali in Niamey am 20./21. 3. 1977 schließt sich die Runde. Damit bildete sich – entgegen der alten maghrebischen *Küstenlinie* – eine *neue, in die Tiefe gehende Konstellation regionaler Zusammenarbeit*, die nicht zuletzt für die algerische wirtschaftliche Expansion von erheblicher Bedeutung sein kann.

III.

Zu all den aufgezählten Schwierigkeiten und Konflikten kam jetzt noch, daß Algerien seit 1976 anstelle der bisherigen allgemeinen Auffassung von einem »Maghreb der Staaten« die These eines »*Maghreb der Völker*« proklamiert. Diese Version wurde in der algerischen Nationalcharta vom 5. Juli 1976 begründet und in die Verfassung vom 22. November 1977 übernommen.

Die These vom »Maghreb der Völker« folgt aus der sozialistischen und populistischen Staatsauffassung Algeriens. Sie zielt aber mit ihrer Grundrichtung gegen Imperialismus und Kolonialismus, gegen Feudalismus und Kapitalismus, auch gegen Marokko. So wird die These gleichzeitig ein *Instrument des Propagandakrieges im algerisch-marokkanischen Konflikt um die Westsahara*.

Überrascht wurden nicht nur die Länder des Maghreb, sondern die ganze Welt durch das im August 1984 unerwartet in Oujda zwischen Ghaddafi und Hassan II. abgeschlossene *Unionsabkommen für Libyen und Marokko*, eine völlig unvorstellbare Verbindung, die wohl Ghaddafis Vereinigungswahn entsprach und für Hassan Entlastung im Saharakonflikt, aber auch auf dem innermarokkanischen Arbeitsmarkt, bringen sollte. – König Hassan kündigte das Abkommen aber bereits nach gerade zweijähriger Laufzeit (Ende August 1986) wieder, nachdem Ghaddafi ihm wegen seines Treffens mit dem israelischen Ministerpräsidenten Peres als »Verräter an der arabischen Nation« bezeichnet hatte.

Nun *suchte Ghaddafi andere Freunde*, um eine Staatenunion schließen zu können. Es war der Sudan, mit dem er sich jetzt verbinden wollte; das erklärte er Mitte September 1986 bei seinem Besuch in Karthum. Er bekam aber von der Islamischen Nationalen Front zu hören, für eine Union müsse der Sudan erst eine »solide Basis« schaffen – ein Hinweis auf den unruhigen Süd-Sudan, dessen Rebellen immer wieder gute Beziehungen zu den Libyern nachgesagt werden.

Von den Algeriern wurde in den letzten Jahren Ghaddafi nichts so übel genommen, wie sein – wenn auch nur kurzes – Bündnis mit König Hassan von Marokko. Das Eis wurde erst gebrochen, als diese unnatürliche Verbindung gelöst worden war und sich Chadli

und Ghaddafi im Januar 1986 trafen. Dabei hieß es in einer gemeinsamen Erklärung: »Das Recht des Saharaouischen Volkes auf Selbstbestimmung ist ein Imperativ der Schaffung des Maghreb.«

Bald darauf besuchte der zweite Mann Libyens, Dschallud, Algier. Weitere hohe Besuchsaustausche folgten. Sehr viel ist bei alledem nicht herausgekommen. Doch brechen die Kontakte nicht ab.

Daß die Westsahara-Frage eine Annäherung oder gar Zusammenschluß der Maghreb-Staaten blockiert, machte nichts deutlicher als die Antwort der Algerier auf einen neuen *Vorschlag Tunesiens* im April 1986, eine *Gipfelkonferenz des »Groß-Maghreb«* einzuberufen: Ja zu einem Gipfel der Sechs, einschließlich der Arabischen Demokratischen Republik Sahara (SADR) oder zu einem Gipfel zu viert ohne Marokko und ohne SADR.

Dementsprechend machte der algerische Staatspräsident Chadli Benjedid im April 1986 von sich aus den Vorschlag, die Bildung eines Großen Arabischen Maghreb einstweilen ohne Marokko und die Polisario-Front anzustreben und diesen Plan den Völkern in Tunesien, Libyen, Mauretanien und Algerien zu einem Referendum vorzulegen.

Auch Ghaddafi ruhte nicht. Nach einer Meldung aus Kuwait vom 25. Juni 1987 hat er dort der Tageszeitung »al Rai al Aam« erklärt, daß Libyen und Algerien im November 1987 die Gründung eines Staatenbundes proklamieren wollen. Nach einigen Jahren könne dieser Bund auch zur Verschmelzung beider Staaten führen. – Als Ghaddafi nun anläßlich des 25. Jahrestages der algerischen Unabhängigkeit am 3. Juli 1987 vor der Nationalversammlung in Algier sprach, erhielt er nur zurückhaltenden Beifall. Die Algerier erklärten ihm, sie seien »im Prinzip« zu verstärkter Kooperation mit Libyen bereit; das Ansinnen Ghaddafis, beide Länder zu fusionieren, lehnten sie jedoch ab und bestätigten damit die unter der Führung von Präsident Chadli eingeschlagene pragmatische Politik.

Für Algerien ist der Rivale im Maghreb: Marokko. Der Einsatz Algeriens für die *Polisario* und für einen eigenen Staat »Westsahara« ist nicht Ursache, sondern Folge dieser Rivalität. Solange diese Streitfrage nicht geregelt ist – und dafür bestehen keine Aussichten – bleibt die Schaffung einer maghrebinischen Staatenföderation oder Staatenunion eine Illusion.

IV.

Trotz allem gibt es auch noch *positive Aspekte maghrebinischer Gemeinschaft*. So nehmen die Maghrebländer in äußeren Fragen häufiger eine einheitliche Haltung ein als es sonst ihrer Politik entspricht. Es gibt sehr handfeste *gemeinsame außenpolitische Interessen*, die einheitliche Aktion fordern und in denen die Maghrebländer auch zusammen handeln. So ist die *kollektive Sicherheit* der Maghrebstaaten am besten gesichert, wenn sie über alle Rivalitäten hinweg eine wirkliche Gemeinschaft oder Einheit bilden. Die Erhaltung des Friedens unter sich und darüber hinaus im westlichen Mittelmeer ist in sich selbst ein gebietender Faktor maghrebinischer Vereinigung.

Dasselbe gilt für ihr Interesse an der *Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*. Es ist den Maghrebländern durch ihr gemeinsames Vorgehen gelungen, sich

1974 in Helsinki Gehör zu verschaffen und die Interdependenz zwischen der *Sicherheit Europas und der des Mittelmeers* deutlich zu machen. Sie wurden auch wieder zur Belgrader Nachfolge-Konferenz im September 1977 eingeladen und können seitdem als Nichtmitglieder auch weiterhin an KSZE-Veranstaltungen teilnehmen, wenn es sich um das Mittelmeer berührende Fragen handelt.

Allen 3 Maghrebländern ist aufgrund der geographischen, historischen und kulturellen Bindungen die *grundsätzliche Option für enge Zusammenarbeit mit Europa* (d. h. Westeuropa) eigen. Sie wünschten eine umfassende Assoziierung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und konnten dabei durch einheitliches Vorgehen ihre Position stärken.

So erreichten die Maghrebländer Marokko, Algerien und Tunesien in parallel laufenden Verhandlungen mit der EG *umfassende Kooperationsabkommen*, die im Januar 1976 in Rabat, Algier und Tunis unterzeichnet wurden. Es handelt sich dabei um ein neues Modell für die Beziehungen zwischen entwickelten Staaten und Entwicklungsländern. Es sieht eine dynamische Zusammenarbeit zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung vor, ist unbefristet und zukunftsorientiert. Ein Ministerrat und ein Ausschuß von Bevollmächtigten, dazu ggf. Fachausschüsse, sollen einen ständigen Dialog ermöglichen.

Angesichts der neuerdings stärkeren Bemühungen der Türkei um Integrierung in die Europäische Gemeinschaft hat nunmehr König Hassan von Marokko erklärt: »Wenn die Türkei Mitglied der EG wird, werde er ebenfalls einen Aufnahmeantrag stellen.« Tatsächlich hat er am 20. Juli 1987 einen entsprechenden Antrag durch seinen Außenminister in Brüssel überreichen lassen. Etwas reservierter ist da der jetzige Präsident von Algerien, Chadli Benjedid, der keine so engen Bindungen anstrebt, sondern seinen Willen zur Ungebundenheit stärker betont und damit sich auch die Möglichkeit zur internationalen Vermittlung zu verschiedenen Seiten freibehält, was sich bereits in manchen Konfliktfällen als sehr nützlich erwiesen hat.

Die Führer der Maghrebländer haben durchaus erkannt, daß die Einheit des Maghreb den *Forderungen der Zeit nach regionalen Zusammenschlüssen* zwecks besserer wirtschaftlicher Entwicklung entspricht. Die Bilanz der bisherigen Integrationsbemühungen war – wie wir sahen – enttäuschend. Es drängt aber alles auf engeren Zusammenschluß. Die Verantwortlichen sind sich jedoch bewußt, daß dies Ziel nur Schritt für Schritt erreicht werden kann.

Die maghrebinische Vereinigung vollzieht sich eher durch bilaterale Zusammenarbeit und macht in dieser Richtung Fortschritte. Ein immer dichteres Netz bilateraler Abkommen stärkt den Zusammenhang und dient als Ausgangspunkt zu multilateralen Aktionen, die mehr auf Zusammenfassung als auf Vereinigung ausgerichtet sind. Das *Selbstverständnis der Gemeinschaft* wächst so mit der Zeit.

Den *Europäern* kann nur daran gelegen sein, daß der Maghreb seine Einheit findet, weil dadurch für sie ein zusätzlicher Sicherheitsfaktor an ihrer Südwestflanke geschaffen würde. Sie können zu dieser Einheit beitragen, indem sie bei der Durchführung der EG-Kooperationsabkommen mit den Maghrebländern diesen politischen Aspekt berücksichtigen und alles tun, um ihn zu stärken.

ABSTRACTS

Maghreb Unity – Dream and Reality

By *Gerhard Moltmann*

The Maghreb is the Western part of the Arab world, covering North Africa, with its central countries Morocco, Algeria and Tunisia. These three states constitute the base for the idea of Maghreb unity. Besides them there are the two »outer« states of Mauritania and Libya as presumptive additional partners. The idea of a united Maghreb began to spread soon after the First World War and since then has passed through many changes. After the Second World War it received a new impulse by the Liberation Committee of the Arab Maghreb at Cairo 1947 with decisive participation by the later Tunisian President Habib Bourguiba. With the independence of Tunisia and Morocco, in 1956, the idea of unity assumed more concrete shape. Bourguiba and Mohammed V of Morocco became the protagonists of the movement and concluded a friendship-agreement aimed at a Maghreb federation including Algeria then not yet liberated. After Algeria's independence, in 1962, a new phase of active cooperation started among the three central Maghreb states. All of them proclaimed the Unity of Maghreb states in their constitutions. An economic community was established in 1964 and a permanent Maghreb consultative Committee was set up in Tunis: all seemed to be progressing smoothly.

But then difficulties began to impede further progress: no real unitary conception and consensus – emphasis on identity but also strong self-confidence of each people – different political régimes – disagreement and personal rivalry between the leaders – socio-economic differences and politico-economic disequilibrium – international boundary disputes – the question of participation by the frontier countries Libya and Mauritania – the changeable alliance policies of Ghaddafi – the Western Sahara conflict – the Moroccan-Algerian rivalry.

This last point gave a new direction to the development of Maghreb unity. Instead of unity of states, Algeria now stressed the unity of peoples and inserted this demand into the new Algerian constitution of 1976.

On the other hand there are also positive aspects to the Maghreb Community. Very strong common foreign policy interests exist which demand concerted action and in which the Maghreb states are indeed acting together, as in the field of collective security. The maintenance of peace amongst themselves and in the Western Mediterranean is in itself a key element of Maghreb union.

All Maghreb states are also interested in very close cooperation with the European Economic Community. Thus the three central Maghreb countries signed extensive coopera-

tion agreements with the EEC in January 1976. The leaders of the Maghreb states thoroughly recognize that Maghreb unity meets the modern demands for regional association in order to foster economic development.

Additional Posers in the Provocation Law of Nigeria

By *G. N. Vukor-Quarshie*

In many former colonies the law has remained strongly informed by the legal tradition and colonial legislation of the erstwhile imperial power. After independence the problem of reconciling such imposed legislation or doctrine with native customs, values and beliefs appeared in even sharper focus than under colonial rule, the newly independent state having become the master of its own municipal legal order.

The English-law doctrine of provocation affords a plea to reduce the criminal responsibility of a party who, incited by such provocation, committed a criminal offence. This rule often proved difficult of application in colonial societies where, e.g., the institutions of customary law marriage presented circumstances different from those prevalent in England, thereby complicating recourse to the concept as applied to spouses in England. There also exist in colonial societies practices, such as witchcraft, which in view of the widespread belief in their efficacy could well dramatically affect a person on whom such magical art was exercised. The law of the colonial power, however, refused to take account of such superstition in determining whether a plea of provocation should be allowed.

The article describes specific problem areas in the law of provocation where the colonial judiciary failed to take adequately into account the peculiarities of the native society and identifies related questions which even after independence remain to be resolved in modern Nigerian criminal law.

›Law‹ and ›Custom‹ in Papua New Guinea: Separation, Unification or Co-operation?

By *Peter G. Sack*

It begins with a characterisation of the ›two spheres‹ approach adopted by the colonial powers which separated ›law‹ and ›the state‹ on one hand from ›custom‹ and ›society‹ on the other, combining a limited *de facto* recognition of ›custom‹ by the colonial state with an even more selective, official recognition of ›custom‹ in its courts, using a quasi-private-international-law model for the purpose.